

# «Bhutto wurde überschätzt»

Pakistan-Experte Boris Wilke über die ermordete Oppositionspolitikerin

«Der gefährlichste Ort der Welt», titelt das renommierte britische Magazin «The Economist» diese Woche – und meint damit Pakistan. Der Politologe Boris Wilke von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin sagt, welche Gefahr von dem Land tatsächlich ausgeht.

VON KATIA MURMANN

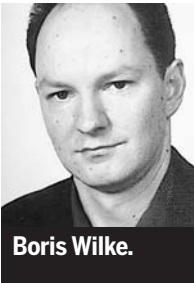
**Ist Pakistan nach der Ermordung der Politikerin Benazir Bhutto das gefährlichste Land der Welt?**  
**Bruno Wilke:** Ein Land als solches ist nicht gefährlich. Entscheidend ist die Wahrnehmung durch die internationale Öffentlichkeit. Im Falle Pakistans werden seine Atomwaffen und international tätige terroristische Gruppierungen, die Verbindungen dorthin unterhalten, als eine Bedrohung gesehen.

**Hat sich durch den Tod Benazir Bhuttos die Gefahr verändert, die für den Westen von Pakistan ausgeht?**  
Frau Bhutto war Oppositionspolitikerin, sie trug keine Verantwortung für die Aussenpolitik und hatte keine Verfügungsgewalt über die Atomwaffen. Ob sie nach den geplanten Parlamentswahlen an die Macht gekommen wäre, ist ungewiss.

**Trotzdem befindet sich Pakistan im Moment in einer schweren innenpolitischen Krise.**  
Das ist richtig. Wir sehen im Moment, dass es dort keine anerkannten Regeln für die Übergabe der politischen Macht gibt. Hieraus entsteht die Besorgnis über politische Instabilität. Übersehen wird aber, dass Pakistan nach wie vor einige funktionierende Institutionen hat. So sind bisher keine Spaltungstendenzen in den Streitkräften oder im zivilen Staatsapparat erkennbar. Die Sorgen der internationalen Gemeinschaft rühren wohl eher daher, dass sich die innenpolitischen Prozesse in Pakistan von aussen nicht effektiv steuern lassen. In Afghanistan beispielsweise ist es für die internationale Gemeinschaft einfacher, Einfluss zu nehmen, da die dortige Regierung vom Westen gestützt wird.

**Die USA unterstützen auch Pakistan – in den letzten sechs Jahren mit fast elf Milliarden Dollar.**  
Das stimmt, aber es wäre irrig anzunehmen, Perves Muscharrafs Macht gründe sich nur auf den Westen. Entscheidend ist die Unterstützung durch die pakistanische Armee, auch nachdem Muscharraf nicht mehr die Streitkräfte anführt. Wie begrenzt der Einfluss auch der USA ist, zeigte der gescheiterte Versuch, Benazir Bhutto als Partnerin von Muscharraf zu installieren.

**Durch ihren Tod hat das Land eine Hoffnungsträgerin verloren.**



Boris Wilke.

Pakistan hat durch den Tod von Benazir Bhutto eine wichtige politische Figur verloren, die schwer zu ersetzen sein wird. Unzweifelhaft ein grosser Verlust. Aber ich würde Benazir Bhutto nicht als Hoffnungsträgerin bezeichnen. Immerhin hat sie schon zweimal regiert, nicht besonders erfolgreich. Nun war sie jahrelang im selbstgewählten Exil. Ich meine, sie wurde im Westen überschätzt. Ihr Ansehen in Pakistan hatte bereits gelitten, besonders seit sie mit Perves Muscharraf verhandelt hat.

**Wie wird es jetzt weitergehen in Pakistan?**  
Benazir Bhuttos Partei, die PPP, wird bei den Wahlen eher noch an Zuspruch gewinnen. Die entscheidende Frage aber wird sein, wie sie

mit dieser Stärke umgeht. Da fehlt Benazir Bhutto als unumstrittene Parteiführerin. Und ob ihr Ehemann die Partei mit der gleichen Autorität führen wird, ist fraglich. Wenn es Bhuttos Gegenspieler Nawas Scharif gelingt, Koalitionen zu schmieden, stehen seine Chancen gut, erneut der starke Mann in Pakistan zu werden.

**Welche Bedeutung hat Pakistan als Land?**  
In Südasien ist Pakistan mit einer Bevölkerung von immerhin 160 Millionen Menschen und einer grossen Armee fast eine Regionalmacht. Sein Einfluss in Afghanistan ist erheblich, gegen den Willen Pakistans ist dort Frieden schlecht möglich. Der globale Einfluss Pakistans wird momentan aber überschätzt. Der Grund hierfür ist, dass die innenpolitische Krise das zukünftige

aussenpolitische Verhalten Pakistans weniger berechenbar erscheinen lässt.

**Was kann der Westen tun, um die Nuklearmacht Pakistan zu stabilisieren?**  
Bisher hat der Westen, allen voran die USA, mit Pakistan nur in Teilbereichen zusammengearbeitet: beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus, bei der Sicherung der Atomwaffen und dem Wiederaufbau Afghanistans. Erst seit kurzem wird in den USA über die Notwendigkeit diskutiert, eine längerfristige Partnerschaft auf breiter Basis zu etablieren. Wäre ein solcher Versuch vor zehn Jahren unternommen worden, stünde Washington heute besser da. In Pakistan ist nämlich der Eindruck entstanden, der Westen würde nur auf das Militär setzen. Diesen Eindruck gilt es zu korrigieren, solange es noch möglich ist.



Titel des «Economist».

## Kibaki macht Opposition ein Angebot

Der kenianische Präsident will eine Regierung der nationalen Einheit bilden

**ANGESICHTS DER ANHALTENDE**n Proteste gegen seinen Wahlsieg hat sich der kenianische Präsident Mwai Kibaki zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit bereit erklärt. In einer Stellungnahme der Regierung hiess es am Samstag, dies habe Kibaki während eines Treffens mit der Afrika-Beauftragten der US-Regierung, Jendayi Frazer, gesagt. Ein Präsidentsprecher wollte sich nicht dazu äussern, ob Kibakis Aussage als offizielles Angebot gewertet werden kann. Die Opposition scheint eine Allparteienregierung jedoch abzulehnen. Der unterlegene Präsidentschaftskandidat Raila Odinga antwortete nicht direkt auf das Angebot Kibakis. Sein Sprecher Salim Lone erklärte, dass Odinga die Bildung einer solchen Regierung zuvor bereits mehrfach abgelehnt hatte. Odinga fordert die Wiederholung der umstrittenen Präsidentenwahl vom 27. Dezember, die von Unregelmässigkeiten geprägt war. Im Anschluss an die Wahl hatte sich Mwai Kibaki zum Sieger erklärt und für eine neue Amtszeit vereidigen lassen. Die daraufhin ausgebrochenen Unruhen kosteten 300 Menschen das Leben, etwa 100 000 flohen vor der Gewalt. (AP)

## Schweizer bei Absturz getötet

Bei einem Flugzeugcrash vor Venezuela kamen alle 14 Passagiere ums Leben

**VOR DER KÜSTE VENEZUELAS** ist ein Flugzeug ins Meer gestürzt. An Bord der zweimotorigen Maschine befanden sich 14 Personen – 1 Schweizer, 5 Venezolaner und 8 Italiener. Das bestätigten die Aussenministerien in Bern und Rom. Alle Passagiere kamen bei dem Unglück ums Leben. Die Maschine sei am Freitag auf dem Weg von Caracas zu dem bei Touristen beliebten Archipel Los Roques gewesen, sagte der Chef der venezolanischen Zivilschutzbehörde, Antonio Rivero. Kurz vor dem Absturz habe der Pilot Probleme mit den Triebwerken gemeldet. Stunden nach dem Unglück fehlte von der Maschine jede Spur. Regen und starker Wellengang erschwerten die Suche nach dem Flugzeug der venezolanischen Gesellschaft Transaven. Das Archipel Los Roques ist ein Nationalpark direkt vor der Küste Venezuelas, der bei Touristen aus Europa und den USA wegen seines kristallklaren Wassers und der weissen Sandstrände beliebt ist. (RED)

# Sarkozys rein private Reisen

Der französische Präsident verbindet das Vergnügen geschickt mit dem politischen Geschäft

**MONSIEUR LE PRÉSIDENT** hat seine Liebe entdeckt, nicht nur zum Model Carla Bruni, sondern vor allem: zu den historischen Stätten des Orients. Und so tourt Nicolas Sarkozy seit Wochen nahezu unermüdlich durch den Nahen Osten, immer in Begleitung seiner Liebsten. Erst bestaunte das Paar in Ägypten Pyramiden und die Sphinx, an diesem Wochenende nun besuchte es die historische Felsenstadt Petra in Jordanien. Die Visiten des französischen Präsidenten in beiden Ländern seien rein privater Natur, heisst es aus dem Elysée-Palast. Doch bei aller Begeisterung für die

Schönheiten der Geschichte: Seine Pflichten vergisst Nicolas Sarkozy auf seinen Reisen nicht. So traf er in Ägypten Staatschef Hosni Mubarak und bot ihm Unterstützung beim Bau von Atomkraftwerken an. Über das gleiche Thema sprach Sarkozy auch in Jordanien mit König Abdullah II. Man darf gespannt sein, welches Land des Nahen Ostens der Präsident und Carla Bruni als nächstes bereisen. Ideales Ziel scheint die Islamische Republik Iran: Sie hat mit Persepolis bedeutende historische Stätten – und grosses Interesse an Atomkraftwerken. (KMU)



Carla Bruni und Nicolas Sarkozy.

## Saakaschwili bleibt wohl im Amt

Bei den Wahlen in Georgien ist der bisherige Präsident allem Anschein nach mit absolutem Mehr im Amt bestätigt worden

**MICHAIL SAAKASCHWILI** kann ersten Wählerumfragen zufolge auf eine weitere Amtszeit hoffen. Demnach stimmten 52,5 Prozent der Wähler für ihn und nur etwa 28,5 Prozent für den als aussichtsreichsten Gegenkandidaten geltenden Lewan Gatschetschiladse. Damit wäre dem Präsidenten die absolute Mehrheit sicher und eine Stichwahl in zwei Wochen überflüssig. Gatschetschiladse warf der Regierung bei seiner Stimmabgabe Wahlbetrug vor. Er habe zahlreiche Meldungen aus dem ganzen Land über Unregelmässigkeiten bekommen, sagte er.

Die Oppositionsparteien forderten die Georgier auf, den Wählerumfragen, die den Sieg Saakaschwilis verkündeten, keinen Glauben zu schenken, da sie teilweise von staatlichen oder regierungsnahen Fernsehsendern finanziert wurden. Sieben Kandidaten hatten sich um das Amt des Präsidenten beworben, Saakaschwili wurden die grössten Chancen eingeräumt. Er hatte die vorzeitige Neuwahl anberaumt, nachdem Georgien in eine politische Krise geraten war und er vorübergehend den Ausnahmezustand verhängt hatte. (AP)